Die Weltkriegsrevolution, das Schisma in der deutschen Sozialdemokratie und die Stuttgarter Linken[1]

Hartmut Henicke

Die organisationspolitische Verselbständigung ideologischer Richtungen innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurzelt in der Vielfalt politischer Konzepte als Reflex auf die großindustrielle Gesellschaft. Diese Differenzierungen entwickelten sich in der Krisenzeit Weltkrieg, Revolution und Nachkriegskrise (1914-1923) in der größten und einflußreichsten sozialdemokratischen Partei in schnellem Tempo und bewirkten innerhalb kurzer Zeit politische ideologische Polarisierungen und Parteispaltungen, die die Auseinandersetzungen von der Bernsteindebatte bis zur Burgfriedenspolitik (1898-1914) zum Finale führten. Doch dieses Finale war nicht allein die Trennung von Reformisten und Linken. Das Scheitern des linken Konzepts der Weltrevolution mußte zwangsläufig innerhalb der europäischen Linken ein zweites Schisma verursachen. An seinem Anfang stand der den Verhältnissen geschuldete verzweifelte Versuch, die russische Revolution zu retten. Im Gefolge der Auseinandersetzungen um diese Strategie kam es zu erneuten Differenzierungen innerhalb der kommunistischen Bewegung. Mit der Entwicklung in Rußland im Gefolge der isolierten Revolution traten die „demokratischen Kommunisten" als Opposition zum dogmatischen Kommunismus Stalinscher Lesart hervor. Dieser Blickwinkel ist erforderlich, sollen die Spaltungsprozesse zu jedem Zeitpunkt dieses dramatischen Zeitabschnittes verstanden werden.

Spaltungen in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1917

Die Herausbildung der europäischen Linken war vor allem das Ergebnis der Verallgemeinerungen der russischen Revolution (1905-1907) durch die Exponenten der revolutionären Parteiflügel. Mit diesem Ereignis schien die von der französischen Revolution geprägte Epoche des Aufstiegs des Bürgertums scheinbar beendet. Als Triebkraft der Revolution hatte das Industrieproletariat mit der Kampfesweise des politischen Massenstreiks die Bühne der Geschichte betreten. Und in Ermangelung einer führungsfähigen Bourgeoisie in Rußland warf dieses Proletariat mit den Sozialdemokraten sogar als Hegemon der Revolution seine Schatten voraus. Was in der rückständigen russischen Autokratie zur politischen Tatsache geworden war, mußte erst recht für das weitaus entwickeltere Europa gelten. Diese Schlußfolgerung bedeutete keinesfalls die Annahme, in Rußland stünde schon die proletarische Revolution auf der Tagesordnung der Geschichte.

---

1 Überarbeiteter Vortrag auf der Tagung „Von einer Parteidisziplin in die nächste?" am 28. April 2007 in Gotha. Siehe dazu den Bericht in diesem Heft, S.139-142.

Doch Rußland mit seiner territorialen Ausdehnung und Ausstrahlung auf Europa, den Orient und Asien war zu Beginn des 20. Jahrhunderts die „soziale Erdbebenzone“[2], die alle Konflikte des Globus' in sich vereinigte. Rußlands Zusammenbruch im Gefolge eines erwarteten Krieges mußte die Tektonik des Planeten in Bewegung bringen. Während die Bolschewiki begriffen, daß der soziale und politische Inhalt der bürgerlich-demokratischen Revolution in Ermangelung eines revolutionären Bürgertums vom Industrieproletariat realisiert werden müßte, zogen die Linken auch für Deutschland und die anderen frühindustrialisierten Länder die entsprechenden Schlüsse für die geschichtliche Rolle des Proletariats.

Die deutsche und polnische Linke ging davon aus, daß die Arbeiterbewegung des Westens den Schwerpunkt ihrer Taktik auf den außerparlamentarischen Kampf legen müßte, um in die zunehmenden politischen Konflikte und in die bevorstehenden politischen Katastrophen gestalterisch eingreifen zu können. In diesem Sinne hätten auch Sozialdemokratie und Gewerkschaften mobilisierend zu wirken. Es ging den Linken nicht nur schlechthin um die Überwindung der politischen Stagnation, der mit der ständig wachsenden Zahl von Parlamentsmandaten nicht beizukommen war. Es ging ihnen primär um ein globales Gegengewicht zur Eindämmung der friedensgefährdenden imperialen Weltpolitik mit ihren Begleiterscheinungen Wettrüsten, Teuerung, Kolonialismus, kriegerische Konflikte, Weltkriegsgefahr. Denn Militarismus und Krieg bedeuteten zuallererst Ausbau der ideologischen und politischen Herrschaft über das Volk und damit eine Erschwernis des Emanzipationskampfes des Proletariats. Der Weltkrieg und seine Folgen bedeuteten Barbarei, wurzelnd in der Ökonomie des Kapitalismus, der nur mit einer grundlegenden gesellschaftspolitischen Alternative begegnet werden konnte, die zu dieser Zeit in der marxistischen Sozialismus-Vision gesehen wurde.

Die Mehrheit der Sozialdemokratie vom reformistischen über den zentristischen bis hin zum orthodoxen Flügel begriff sehr wohl die Konfliktpotentiale imperialistischer Weltpolitik und die Chancen der bevorstehenden russischen Revolution. Sie überbewertete aber die Möglichkeiten des proletarischen Organisationsapparates, der sozialdemokratischen Wählerschaft sowie zunehmend auch die Chancen, politische Veränderungen in Koalition mit bürgerlichen Parteien bewirken zu können. In der russischen Revolution sah die sozialdemokratische Mehrheit ausschließlich eine Nachholerevolution französischen Typs. Die gegensätzliche Beurteilung des Epochecharakters und der Aufgaben der Sozialdemokratie bestimmte alle innerparteilichen Auseinandersetzungen um Weltpolitik, Flottenrüstung, Militarismus, Regierungsbeteiligung, Budgetbewilligung, Massenstreik und Abrüstung bis 1914. Als der Weltkrieg Realität wurde und die Sozialisten mehrheitlich dem Kriegsbudget ihrer Regierungen zustimmten, war

2 Siehe Eric J. Hobsbawm: Das imperiale Zeitalter. 1875-1914, Frankfurt/Main 1996, S.377.

der Antagonismus zwischen Links- und Rechtssozialisten nicht mehr zu überbrücken.

In Europa gingen nicht nur die Lichter aus, wie Edward Grey den Beginn des Weltkrieges metaphorisch beschrieb,[3] sondern auch die Arbeiterbewegung hatte mit dem Sündenfall ihrer Führer vom 4. August 1914 ihre heroische Epoche beendet. Treffend charakterisierte der Kunsthistoriker Hermann Uhde-Bernays die Situation, die alle Hoffnungen und Illusionen zerstörte, denen außer der Linken alle aufsaßen: „Und dann kam der Krieg. Der entsetzliche Krieg, der mit unbarmherziger Grausamkeit alle Hoffnungen auf eine gedeihliche Fortentwicklung der Kultur Europas vernichtete. Das Schreckensdatum des 1. August 1914 ist in der Geschichte eingetragen als tragisches Merkzeichen des Unterganges einer Welt, einer unsagbar schönen, reichen, zukunftsfreudigen Welt. Das Ende war da, ein Schlußstrich wurde gezogen, und in der Weltesche schrie der heisere Rabe sein ‚Nevermore'".[4]

Wenn in der allgemeinen Hysterie des Hurrapatriotismus nur wenige begriffen, daß das aufsteigende bürgerliche Zeitalter zu Ende war, so änderte sich dies sehr schnell mit dem Massensterben an der Front, den Versorgungsschwierigkeiten im Hinterland, der Organisation der Kriegswirtschaft und der Militärdiktatur.

Daß der Erste Weltkrieg die heute von niemandem bezweifelte „Urkatastrophe" der Menschheit war, wurde seinerzeit von den Linken mit der auch durch die Realität bestätigten Alternative „Sozialismus oder Barbarei" umschrieben. Die verkürzte Revolutionsperspektive der Linken war kein Hirngespinst intellektueller Revoluzzer. Die Desillusionierung und wachsende Opposition der Mehrheit der Völker gegen den Krieg knüpfte den Zusammenhang von Krieg und Revolution immer enger. Da im Weltkrieg die frühindustrialisierten und demokratischen Staaten des Westens einerseits und die mit feudalen Rudimenten belasteten und erst am Beginn der Industrialisierung stehenden letzten großen Autokratien andererseits involviert waren, war das imperialistische Wesen dieses Krieges nicht von vornherein für die Öffentlichkeit erkennbar. Natürlicher Patriotismus war durch Erziehung und Manipulation zu chauvinistischem Nationalismus mutiert, so daß erst die Kriegserfahrung notwendig war, den Eroberungscharakter des Krieges zu erkennen und mit der USPD unter den Bedingungen der Militärdiktatur eine breite oppositionelle Sammlungsbewegung zu organisieren. Denn die Tatsache, daß die Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) an einem opportunistischen Patriotismus festhielt und darauf spekulierte, für ihre Burgfriedenspolitik nach dem Krieg gleichberechtigt am politischen System partizipieren zu können, war im weiteren Verlauf des Krieges für eine große

3 Siehe bei Robert K. Massie: Die Schalen des Zorns. Großbritannien, Deutschland und das Heraufziehen des Ersten Weltkrieges, Frankfurt/Main 1991, S.782.

4 Hermann Uhde-Bernays: Im Lichte der Freiheit. Erinnerungen aus den Jahren 1880 bis 1914, München 1963, S.581f.

Minderheit der Partei angesichts des allmählich als imperialistisch erkannten Charakters des Krieges unerträglich.
Allein die USPD-Opposition konnte der verschwindend geringen linken Minorität die Basis für eine Erneuerung sozialistischer Politik bieten. Diese Politik war in den Antikriegsbeschlüssen der II. Internationale festgeschrieben. Diese Beschlüsse zielten seit dem Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart 1907 darauf ab, eine durch den Krieg heraufbeschworene Krise für eine von der Sozialdemokratie beeinflußte gesellschaftspolitische Veränderung auszunutzen. An diesem Kriterium mußte sich die Opposition gegen die Burgfriedenspolitik messen lassen. Voraussetzung eines Konsenses zwischen Linken und Unabhängigen war deshalb nicht nur die Einschätzung des Charakters des Krieges, sondern auch die sich daraus ableitende Konsequenz der Friedensstrategie. Da die Sammlungsbewegung der USPD von der parlamentarischen Opposition ausging, war sie personell wie konzeptionell mit den Grenzen des Parlamentarismus behaftet und stand der außerparlamentarischen Mobilisierung einer Antikriegsopposition nicht zuletzt wegen der Militärdiktatur zögerlich gegenüber. Dies war auch der Grund für die sehr großen Vorbehalte der meisten lokalen linken Gruppen, dieser Opposition beizutreten. Die Auseinandersetzungen um die praktische Friedenspolitik führten zu keinem Ergebnis. So mußten zwangsläufig die Weltkriegsrevolutionen mit ihren Fragestellungen die Entscheidung herbeizwingen.

Die Revolutionen in Rußland 1917 und die Erwartung der Weltrevolution

1917 vollzog die Februar-Revolution in Rußland, dem geographisch größten und geostrategisch für die Neugestaltung der Welt wichtigsten Land, endlich den Bruch mit den Resten des Feudalismus. Doch diese Revolution brachte weder außenpolitisch noch innenpolitisch grundlegende Veränderungen der weltpolitischen Situation. Der Krieg wurde an allen Fronten fortgesetzt, und die staatspolitische Veränderung in Rußland bewirkte noch nicht die Auflösung des Reformstaus im Vielvölkerstaat. Erst die Revolution im Oktober 1917 bedeutete jene Zäsur, die eine veränderte Welt und damit neue Interessenkonstellationen grundsätzlicher Art antizipierte. Als isoliertes Ereignis erscheint die Oktoberrevolution als blanquistischer Putsch. Doch das Primat der Politik im Zeitalter der Großindustrie machte es im Kontext mit der globalen Gesamtsituation potenziell zum größten historischen Kontinuitätsbruch. Das Problem der bolschewistischen Revolution war allein ihre globale Einbindung als Beginn der Weltrevolution. Aus der Retrospektive mag diese Vision mitleidig belächelt werden. Aus der Situation heraus erklärt, mögen die Gegenargumente der zeitgenössischen Gegner dieser Revolution Zweifel am Realitätssinn der Linken wecken. Vom linkssozialistischen Standpunkt der Zeitgenossen und vom Standpunkt der historischen Möglichkeiten aus betrachtet, war sie durchaus keine Illusion. Der einzige wirkliche Risikofaktor war die Bereitschaft des Proletariats, sie zu unterstützen oder nicht. Die Einschätzung des subjektiven Faktors war der Knackpunkt, der Illusion und Wirklichkeit voneinander trennte. Die Perspektive

der Oktoberrevolution wurde nicht in Rußland entschieden. Diese Entscheidung wurde in Mittel- und Westeuropa getroffen. Deutschland und Österreich kam dabei die Schlüsselstellung zu, weil hier der Reformstau als nächstes die Revolution hervorbringen mußte.

Die Vorstellung von der Weltrevolution war im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts noch eine Hypothese. Karl Marx' Antwort auf die Frage von Vera Sassulitsch, ob die russische Obschtschina der Ausgangspunkt für den Sozialismus in Rußland sein könnte, bejahte er unter dem Vorbehalt, daß der russischen Revolution die europäische Revolution folgen würde, und er gab diese Botschaft den russischen Revolutionären mit auf den Weg.[5] Das bedeutet jedoch keinesfalls, daß Marx damit im voraus das Leninsche Konzept der kommunistisch geführten proletarischen Revolution im Bündnis mit der Dorfarmut unterstützt hätte. Marx meinte die russische Bauernrevolution als Initialzündung für den Westen. Dies war ein epochaler Unterschied, der jedoch dem strategischen Konzept Lenins keinen Abbruch tat. Lenins Konzept gründete sich auf Marx und schien nicht ohne Erfolgsaussichten. Deutschland als hochtechnologisierte Supermacht mit dem politisch reifsten Proletariat der Welt stützte materiell und subjektiv die Möglichkeit einer sozialdemokratisch geführten Regierung und einer sozialisierten Wirtschaft. Das traf auch für die anderen frühindustrialisierten Länder zu.

Nur in der Gleichzeitigkeit der Revolution in diesen Gesellschaften hatte eine globale Revolution eine Chance. Ein besiegtes Deutschland allein oder bestenfalls im Bündnis mit Österreich und Ungarn konnte die Revolution in Rußland kaum retten. Dennoch war die Annahme, das westeuropäische Proletariat würde einen konterrevolutionären Krieg gegen ein revolutionäres Deutschland nicht unterstützen, keine Chimäre. Die revolutionäre Logik war stimmig. Bolschewiki und deutsche Linke waren sich auch des Einflusses des sozialdemokratischen Reformismus auf die arbeitenden Klassen bewußt. Nicht ohne Grund polemisierten sie permanent gegen diese Richtung und bemühten sich, die Öffentlichkeit auf ihre Positionen festzulegen. Der Beweis für die Unzugänglichkeit der Arbeitermassen für das radikale Konzept der Linken war noch nicht erbracht. Von einer Täuschung der Linken in den Arbeitermassen konnte trotz des nationalen Taumels von 1914 noch keine Rede sein. Die Spekulation auf einen Bürgerkrieg in Deutschland und dessen Unterstützung durch das englische, französische und amerikanische Proletariat war zumindest bei Revolutionsausbruch noch kein Hasardspiel. Der reformistische Flügel der deutschen Sozialdemokratie hatte dies offenbar ebenso begriffen, sonst wäre er wohl nicht bereit gewesen, mit den Geldern der Banken und Industriekapitäne die Gegenrevolution zu entfesseln. Welchen Stellenwert die Wühlarbeit von nicht-

5 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels: [Vorrede zur zweiten russischen Ausgabe des „Manifests der Kommunistischen Partei"], in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 19, S. 295f., hier S.296.

staatlichen Organisationen und Geheimdiensten, Politikerbestechung und Massenmanipulation seit diesem Zeitpunkt auf den Geschichtsverlauf hatten, bedarf noch gründlicher Aufarbeitung.
Ungeachtet dessen kann wohl davon ausgegangen werden, daß sowohl die Bolschewiki als auch die deutschen Linken die Situation optimistischer beurteilten, als sie tatsächlich war. Die Begeisterung der Linken für die bolschewistische Revolution und deren vorausgesetzte Fernwirkung wurzelte ohne Zweifel in der historischen Chance. Auch in Deutschland lag die Macht seit dem 9. November 1918 auf der Straße, und die reale Möglichkeit, sie durch die Arbeiter- und Soldatenräte aufzuheben und mit ihnen die gesetzgebende und vollziehende Gewalt zu übernehmen, war, abgesehen von den Risiken, auf die der reformistische Flügel aufmerksam machte, real gegeben, wenn auch ohne Gewähr. Clara Zetkin spiegelte die Sicht der Linken auf diese Entscheidungssituation: „Mit der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiter und Bauern in Rußland unter der entschlossenen Führung der Bolschewiki, mit der Aufrichtung der Diktatur der Schaffenden in der Räteordnung daselbst glühte die Weltrevolution auf. Es schien, daß ihre Lohe sich reißend rasch über den Erdball wälzen müßte. Flackerten nicht mehr und mehr ihrer Feuerzeichen empor? Der militärische Zusammenbruch der Zentralmächte; die sinnenfällige Zerrüttung der kapitalistischen Wirtschaft in allen Ländern; die Umwälzung in der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie; der Umsturz des kaiserlichen Deutschen Reiches. Nach der Höhe der ökonomischen Entwicklung Deutschlands, nach der Bedeutung, der politischen Schulung und Organisation und den Leiden seines Proletariats deuchte die Annahme nicht verwegene Phantasterei, daß hier der Umsturz zur ganzen, zur proletarischen Revolution werden, und daß diese die Arbeiter Westeuropas zum Befreiungskampf rufen müsste.“[6]

Die Entwicklung in Deutschland

Deutschland nahm unter den zusammenbrechenden Großreichen von Asien bis Europa eine Sonderstellung ein. Während der Osten den Industrialisierungsprozeß des Westens und die Lösung der damit einhergehenden politischen und sozialen Aufgaben ohne Bourgeoisie und Finanzkapital nachholen mußte und deshalb auf die Revolution im Westen angewiesen war, gehörte Deutschland – abgesehen von der politischen Macht der feudalen Eliten – zu den modernsten Gesellschaften der Welt mit der effizientesten Verwaltung und seit Bismarck mit einem vorbildlicheren Sozialsystem als das der liberalen Demokratien. Lenins Imperialismus- wie auch Sozialismustheorie orientierte sich an dem deutschen Modell. Diese Theorie enthielt eine unbestreitbar reale gesellschaftspolitische Alternative zum imperialistischen Privatkapitalismus. Diese Alternative leitete Lenin aus dem hochentwickelten Staatskapitalismus ab, in dem er den Prototyp der künftigen sozialistischen Gesellschaftsorganisation sah. Die kommunistische

6 Clara Zetkin: Um Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution, Hamburg 1922, S.3.

Usurpation der Staatsmacht und die Verstaatlichung der Schlüsselindustrie waren keine Utopie.

Da die deutsche Revolution vor der Aufgabe stand, zunächst das gesamte politische System zu demokratisieren – und das bedeutete vor allem die Liquidierung des agrarischen Großgrundbesitzes, die Unterstellung des Militärs unter demokratische Kontrolle sowie die Demokratisierung der Verwaltung –, hätte diese Aufgabe nur durch basisdemokratische und nicht durch parlamentarische Gewalt gelöst werden können. Da jedoch weder die MSPD noch die USPD in dieser Frage durchgreifende Initiativen entwickelten, die vor der Einberufung der Nationalversammlung vollendete Tatsachen hätte schaffen müssen, fiel diese Aufgabe den Linken zu, die dies als einzige politische Kraft erkannt hatten und dazu bereit waren. In den scharfen Auseinandersetzungen um die schnelle und vordringliche Lösung der tagespolitischen Aufgaben war eine über die bürgerliche Republik hinausgehende Umwälzung gegen das ostelbische Junkertum, die vor allem auch eine preußische Angelegenheit war, der Mehrheit der Bevölkerung im Deutschen Kaiserreich vor der kurzfristigen Einberufung der Nationalversammlung jedoch nicht zu vermitteln. Diese Kurzfristigkeit war der entscheidende taktische Schachzug der Gegenrevolution, und mit Recht wandte sich die Parteileitung der USPD dagegen.[7]

Ebenso problematisch war die Tatsache, daß sich die Arbeiterräte ihres Machtpotentials nicht bewußt waren und es vorzogen, sich eher dem Parlamentarismus zu unterwerfen als das Experiment ihrer Volkssouveränität zu wagen. Die Dominierung der Arbeiterräte durch die Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie, die Unabhängigen und Gewerkschafter in all ihrer politisch-ideologischen Spannbreite spiegelte die Kompliziertheit und Differenziertheit der deutschen Arbeiterbewegung. Und die politische Heterogenität der Soldatenräte bot ohnehin keine Grundlage für das Konzept der Linken. Diese ohne praktischen Gegenbeweis schwer wahrnehmbare Wirklichkeit machte die revolutionäre Logik der Linken am Ende zur Illusion. Dennoch entsprach allein das radikale Demokratisierungsprogramm des Spartakusbundes in den wesentlichsten Punkten den Erfordernissen, den Reformstau in Deutschland zu beseitigen. Die Linken als radikalster Flügel der Revolution vertraten das konsequenteste Demokratisierungsprogramm nicht nur im Hinblick auf den politischen und sozialen Inhalt der Nahzielforderungen, sondern auch im Hinblick auf die Methoden des politischen Kampfes. Indem der Spartakusbund unterstrich, daß er nur mit dem Mandat der Mehrheit die Regierungsgewalt übernehmen werde[8] und auch revolutionären Terror als politisches Mittel der bürgerlichen Minderheitenrevolution charakterisierte bzw. als „Mittel, hoff-

7 Siehe Gerhard A. Ritter/Susanne Miller (Hrsg.): Die deutsche Revolution 1918-1919. Dokumente, Frankfurt/Main 1983, S.319f.

8 Siehe Rosa Luxemburg: Was will der Spartakusbund?, in: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke (RLGW), Bd. 4, Berlin 1983, S.488.

nungslose Interessen gegen den Strom der Geschichte zu verteidigen",[9] ablehnte, bekannte sich zumindest ein Teil der deutschen Linken zu formalen demokratischen Prinzipien. Dies stand nicht im Widerspruch zur „Diktatur des Proletariats", die als Diktatur der Mehrheit über die Minderheit der feudalen und bürgerlichen Eliten gedacht war, um eine von der Mehrheit dominierte Ökonomie zu gestalten.

Mit der sozialdemokratisch geprägten politischen Führungsschicht, die vollständig auf dem Boden der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie stand, war die Radikalität des linken Politikkonzepts nicht durchzusetzen. Als der Reichsrätekongreß auf die Machtübernahme verzichtete und die USPD-Führung einen von den Linken geforderten Parteitag zur Klärung der politischen Perspektive ablehnte, schien die Notwendigkeit einer eigenständigen linken Partei gegeben. Rosa Luxemburgs Feststellung, daß die Trennung von der USPD aus politischen Gründen absolut unvermeidlich war, weil sich die Situation seit Gotha total verändert hätte,[10] entsprach wohl den Gesetzen der Revolution. Denn es bestand zu diesem Zeitpunkt noch kein Grund, vom Ende der deutschen Revolution auszugehen. Rosa Luxemburg gebrauchte für die Spartakusleute zwar das Beispiel der flandrischen Geusen,[11] aber der Vergleich mit den Jakobinern wäre zumindest für den bevorstehenden Revolutionsabschnitt passender gewesen. Die Linken hatten ohne die negativen Erfahrungen der Praxis Grund, weiter auf die Räte der unteren Ebenen zu bauen. Und die wenigen, die sich wie Rosa Luxemburg bereits mit den Wahlen zur Nationalversammlung abgefunden hatten, legten das Schwergewicht von jetzt an auf Aktionen außerhalb des zu wählenden Parlaments, um über den Charakter desselbigen und dessen Perspektive zu entscheiden. Die wirtschaftlichen Konflikte der Nachkriegszeit würden diese Aktionen ohnehin beschleunigen.

Es ist jedoch bezeichnend für die europäische Linke, daß sich bereits auf dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands – im Hinblick auf den Namen der neuen Partei, hinsichtlich der Differenzen zwischen Luxemburg und den Bolschewiki in der Frage des Terrors sowie in der Frage der Wahlbeteiligung – Widersprüche auftaten,[12] die sich das gesamte 20. Jahrhundert nicht glätten ließen. Wenn Rosa Luxemburg und Leo Jogiches im Vorfeld des KPD-Gründungsparteitages den Unterschied zwischen dem Bolschewismus und

---

9 Dies: Ein gewagtes Spiel, in: ebenda, S.412.

10 Siehe Rosa Luxemburg an Clara Zetkin, 11. Januar 1919, in: Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Bd. 5, Berlin 1984, S.427. Im April 1917 fand in Gotha der Gründungsparteitag der USPD unter Einschluß der Spartakusgruppe statt.

11 Siehe Rosa Luxemburg: Die Reichskonferenz der Spartakusgruppe, in: RLGW, Bd. 4, S.477.

12 Siehe Ruth Fischer: Stalin und der deutsche Kommunismus, Berlin 1991, S.108-109; Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/1919. Mit einer Einführung zur angeblichen Erstveröffentlichung durch die SED. Herausgegeben und eingeleitet von Hermann Weber, Berlin 1993, S.38-45.

dem westeuropäischen Sozialismus akzentuierten, dann beachteten sie die wesentlichen Unterschiede zwischen beiden Richtungen, die in einer nicht zu ignorierenden unterschiedlichen Entwicklung begründet waren. Das elitäre, in der Tradition der Narodniki wurzelnde Leninsche Parteikonzept, die Aufstandstaktik und die Bejahung des Terrors waren die Trennlinie zwischen Lenin und Luxemburg. Die Tatsache, daß sich auch im Führungszirkel von Spartakus mit Karl Liebknecht sowie unter den regionalen linken Gruppen kritiklose Befürworter dieser bolschewistischen Politik fanden, war eine Hypothek, die den Kommunisten bis an ihr Ende anhing. Rosa Luxemburg und Genossen waren wohl die einzigen, die Friedrich Engels' Testament verstanden hatten, der bereits 1895 den elementaren Unterschied zwischen der bürgerlichen Minderheiten- und der proletarischen Majoritätsrevolution thematisiert hatte.[13] Die Diskussion auf dem Gründungsparteitag der KPD zum Thema Terror bewies, daß der Wesensunterschied zwischen Diktatur des Proletariats als Majoritätsrevolution und Terror als Ausdruck der Minoritätsrevolution nicht verstanden wurde.

In den Januarkämpfen 1919 vereinigten sich noch einmal die Linken mit der originären sozialdemokratischen Revolution, deren Akteure begriffen, daß sie von der sozialdemokratischen Führung um die Revolution betrogen worden waren.[14] Doch der Inhalt dieses Konflikts war immer noch die Demokratisierung und nicht die Bolschewisierung der Revolution. Rosa Luxemburgs Bilanz der deutschen Revolution nach der Niederwerfung des Januaraufstandes drängt die Frage in den Mittelpunkt, ob die Revolutionsbegeisterung der Linken nicht doch den notwendigen politischen Realismus vermissen ließ. Auch Rosa Luxemburgs Argument, wonach dieser Aufstand von der Gegenrevolution provoziert war, was den Putschvorwurf von vornherein entkräften und den Aufstand zur Ehrensache qualifizieren sollte, ist nicht sehr überzeugend. Die von ihr eingestandene „allgemeine Unreife der deutschen Revolution"[15] machte einen Sieg in dieser Revolutionsphase von vornherein unmöglich bzw. schloß im zeitweiligen Erfolgsfalle gleichfalls den Terror mit ein. Ein Krieg des revolutionären Proletariats im vermeintlichen Gesamtinteresse des Volkes gegen alle konservativen sozialen und politischen Kräfte ist eine Minderheitenrevolution, verlangt Terror und führt ohne Umkehr zur Deformation.

Das bolschewistische Organisationskonzept und die Revolutionsstrategie im Gründungsprozeß der Kommunistischen Internationale als Ausdruck des verzweifelten Versuchs, die Revolution in Rußland aus ihrer Isoliertheit zu befreien, verhinderte gleichzeitig die Sammlung des gesamten linken Potentials. So war es nach Abschluß der bürgerlich-demokratischen Revolutionsphase in Europa nur

---

13 Siehe Friedrich Engels: Einleitung [zu Karl Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850 (1895)], in: MEW, Bd. 22, S.509-527.

14 Siehe Sebastian Haffner: Die deutsche Revolution 1918/19, Reinbeck bei Hamburg 2004, S.155-168.

15 Rosa Luxemburg: Die Ordnung herrscht in Berlin, in: RLGW, Bd. 4, S.535.

eine Frage kurzer Zeit, daß sich Kommunisten und Sozialdemokraten – ohne die Unabhängigen als dritte politische Kraft dazwischen – polarisierten. Die oppositionelle sozialistische Linke, die sich der Außenpolitik und dem Organisationskonzept der isolierten Revolution in Rußland und in der Folgezeit deren spezieller Formationsgeschichte als Leitrevolution des 20. Jahrhunderts nicht anschließen konnte, mußte zwischen Reformisten und Kommunisten zerrieben werden oder ihren Platz wieder auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie einnehmen.

Die Wandlung des Arbeiterbewegungssozialismus des 19. Jahrhunderts – der heroischen Epoche der II. Internationale (1889-1914) – mußte bis zum Ende der Weltkriegsrevolutionen (1917-1923) zwangsläufig drei Hauptrichtungen hervorbringen, weil Weltkrieg und Revolution auch gesellschaftspolitisch drei Alternativen hervorbrachten. Das jahrzehntelange kommunistische Dogma, daß es einen dritten Weg zum Sozialismus nicht gäbe, war eine Hilfskonstruktion, um aus der Not eine Tugend zu machen und den Machtanspruch der revolutionären Kaderelite zu behaupten. Tatsächlich war das Weltrevolutionskonzept der europäischen Linken bis zu seinem Scheitern die einzige Alternative zum kapitalistischen Imperialismus. In dieser Frage stimmten Bolschewiki und deutsche Linke überein, und dies war auch der gemeinsame Nenner von Lenin und Luxemburg. Als sich jedoch herausstellte, daß die Weltrevolution eine Illusion und die Frage nach der Zukunft der deformierten bolschewistischen Revolution zu beantworten war, begann das Auseinanderdriften von Linkssozialismus und Bolschewismus. Und mit Recht stehen die Unterschiede zwischen Lenin und Rosa Luxemburg am Beginn dieses letzten großen Schismas, das Paul Levis Veröffentlichung des unvollendeten Manuskripts von Rosa Luxemburg „Zur russischen Revolution“ mit einem Paukenschlag einleitete.[16]

Inwieweit die Praxis der Bolschewiki das Verhalten der politischen Richtungen außerhalb Rußlands negativ beeinflußt hat, ist noch ungeklärt. Lenins theoretisch begründetes und vor allem politisch realisiertes Organisationskonzept brachte nicht nur die Parteidiktatur, sondern auch die des engeren Führungszirkels hervor und ermöglichte am Ende die absolute Herrschaft des Parteiführers.[17] Lenin hatte das wohl an seinem Lebensende erkannt, und seine Warnung vor der Machtfülle in der Hand Stalins bedeutete ein zu spätes Eingeständnis dieses Fehlers. Die russische Revolution brachte schließlich einen neuen Gesellschaftstyp hervor, in der sich Staatskapitalismus, asiatische Despotie und kommunistische Ideologie überlagerten.[18] Nicht ausdiskutiert ist die Frage,

16 Siehe hierzu Annelies Laschitza: Zum Umgang mit Rosa Luxemburg in Vergangenheit und Gegenwart, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1991, H. 4, S.435-452; Dies.: Rosa Luxemburg und die Freiheit des Andersdenkenden, Berlin 1990, S.7-32.

17 Siehe Norman Birnbaum: Nach dem Fortschritt. Vorletzte Anmerkungen zum Sozialismus, München 2003, S.73-76.

18 Siehe Michael Schneider: Das Ende eines Jahrhundertmythos. Eine Bilanz des Staatssozialismus, Köln 1996, S.96-158.

welcher Formation die sowjet-russische Gesellschaft zuzuordnen ist.[19] Sowohl die Folgen des Leninschen Organisationskonzepts wie auch die zwangsläufige Deformation der russischen Revolution durch einen speziellen Gesellschaftstyp hatte Rosa Luxemburg scharfsinnig vorausgesehen. Und so mußten die russischen Kommunisten, indem sie sich für die bedingungslose Behauptung ihrer politischen Macht entschieden, einen Entwicklungsweg einschlagen, der die Traditionen der asiatischen Despotie fortsetzte und potenzierte und mit den Sozialismusvorstellungen der frühindustrialisierten Staaten nichts gemeinsam hatte.

Die Stuttgarter Linken

Charakteristisch für die deutsche Revolution war die große Differenziertheit der Massenbewegung in den verschiedenen Regionen des Kaiserreiches. Eines der Zentren der deutschen Revolution, das den Linken Rückenwind gab, war Württemberg. Die Sozialdemokratie in Schwaben galt in den letzten vier Jahren vor Entfesselung des Ersten Weltkrieges als der „württembergische Hexenkessel". Hier strapazierte die innerparteiliche Auseinandersetzung um das strategische Konzept der Partei deren organisatorische Einheit derart, daß diese bei Kriegsbeginn zerbrach. Der württembergische Landesverband der Sozialdemokratie vollzog damit drei Jahre vor der USPD-Gründung die organisatorische Spaltung der größten und einflußreichsten sozialdemokratischen Partei Europas. Jacob Walcher charakterisierte 1925 die Auseinandersetzung in der schwäbischen Sozialdemokratie wie folgt: „[...] nicht in einem einzigen deutschen Zentrum – mit Ausnahme vielleicht von Bremen – erreichte dieser Kampf eine solchen Breite und prinzipielle Schärfe, wie namentlich in Stuttgart."[20]

Der Parteifriede in der württembergischen Sozialdemokratie erhielt Risse, als die Sozialdemokraten vor allem des Stuttgarter Reichstagswahlkreises – Arbeiter bei Bosch in Stuttgart und Daimler in Sindelfingen und Untertürkheim – die von Wilhelm Keil redigierte Parteizeitung, „Schwäbische Tagwacht", wegen ihrer zunehmend reformistischen Ausrichtung kritisierten. Die organisierten Arbeiter dieser Betriebe waren es, auf die sich die linken Wortführer des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart Clara Zetkin, Friedrich Westmeyer, Jacob Walcher, Edwin Hoernle, Otto Krille, Arthur Crispien, Ferdinand Hoschka, Käte Duncker und die Göppinger Sozialdemokraten August Thalheimer und Karl Radek stützen konnten, wenn es galt, gegen die Kooperation der süddeutschen sozialdemokratischen Budgetbewilliger mit den Landesregierungen Stellung zu

19 Siehe Marcel van der Linden (Hrsg.): Was war die Sowjetunion? Kritische Texte zum real existierenden Sozialismus, Wien 2007.

20 Zit. nach: Fritz Rück: Aus dem Tagebuch eines Spartakisten, Moskau-Leningrad 1926, Maschinenschriftliches Manuskript (Übersetzung aus dem Russischen) im Besitz des Autors, S.2.

beziehen und eine energische außerparlamentarische Opposition gegen die Provokation der großen internationalen Vorkriegskrisen zu beziehen.
Zwischen 1910 und 1914 gelang es dem linken Flügel in Württemberg mit einem effizienten Organisationsstatut, die Stuttgarter Parteiorganisation zu dominieren und in den Großbetrieben Fuß zu fassen; mit einer Preßkommission die Redaktion der Parteizeitung zu kontrollieren; mit einem Kreissekretariat den 1. württembergischen Reichstagswahlkreis zu majorisieren und mit drei Abgeordneten in die Landtagsfraktion einzuziehen. Auf den Landesparteitagen konnten sich die Linken wegen des die kleinen ländlichen Vereine begünstigenden Wahlproporzes nicht durchsetzen. Auf diese Mehrheit stützte sich der reformistische Flügel, zu dessen Exponenten sich der Landtagsabgeordnete Wilhelm Keil profilierte.
Als nach Entfesselung des Weltkrieges der württembergische Landesvorstand die linke Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht" zum Einschwenken auf die Politik des 4. August zwang und diese sich weigerte, übernahm Wilhelm Keil auf Anordnung des Landesvorstandes erneut das Parteiblatt. Die meisten linken Stuttgarter Bezirksvereine führten daraufhin keine Beiträge mehr an den Landesvorstand ab, sondern investierten in die Gründung eines linken Informationsblattes. Daraufhin gründete der Landesvorstand mit der rechten Minderheit der Stuttgarter Sozialdemokratie einen neuen Stuttgarter Parteiverein, worauf die Stuttgarter Linke mit der Gründung einer linken Landesorganisation antworteten, die jedoch vom Berliner Parteivorstand nicht anerkannt wurde.
Der württembergische Konflikt war zu keinem Zeitpunkt regional begrenzt, sondern wurde von Anfang an auch auf der nationalen Parteiebene ausgetragen. In ihn waren die Exponenten aller Parteirichtungen involviert, und zwischen diesen und den regionalen Stuttgarter Parteigrößen sind wechselseitige Impulse erkennbar. So wie prominente Gegner der Reformisten anderer sozialdemokratischer Organisationen dem führenden Kopf der Stuttgarter Linken, Friedrich Westmeyer, moralisch den Rücken stärkten, so sehr beeinflußten Westmeyer und seine politischen Freunde die Linken auf der zentralen Parteiebene. Die Ignoranz eines Vermittlungsversuchs August Bebels zwischen beiden Parteiflügeln 1911 und die Kritik der Stuttgarter Sozialdemokraten an Karl Liebknechts Unterordnung unter den Fraktionszwang bei der ersten Budgetbewilligung am 4. August 1914 waren dafür markante Beispiele.
Die strikte Ablehnung der Burgfriedenspolitik seit dem 4. August 1914 durch die Stuttgarter Linken zwang die Parteirechte hier, sich neu zu organisieren und die linken Organisationen zu „exkommunizieren". Während des Kriegsverlaufes gab es in Stuttgart nicht die klassische politische Differenzierung zwischen Reformisten, Zentristen und Linken wie auf Reichsebene. In Württemberg schwenkte die Linke von Anfang an auf die Spartakuslinie ein und verweigerte sich wie viele andere linke Organisationen im April 1917 einem Anschluß an die USPD. Erst nachdem sich die zersplitterte Opposition gegen den Krieg als wirkungslos und der Aufbau der USPD-Organisation als politisch relevant erwiesen hatten, kam es Ende Oktober zum Übertritt der württembergischen Linken zur USPD.

Damit war die hiesige USPD von den Linken dominiert. Im Stuttgarter Industriegebiet war der Einfluß der Unabhängigen sehr stark.
Wenngleich die Verfolgungen der Militärdiktatur und die Politik des reformistischen Parteiflügels bei den Linken einen personellen Aderlaß bewirkten, gelang es hier nicht, das linke Potential vollständig auszuschalten. Am Ende des Krieges wurde es unter veränderten Verhältnissen wieder gestärkt. Die Angst des Heimatheeres vor den Gestellungsbefehlen, die Versorgungsprobleme im Hinterland, der Autoritätsverlust der militärischen Führung nach der Einsicht in die Kriegsniederlage und der Autoritätsverlust des Kaisertums und der sie unterstützenden Monarchien, die sich der Diktatur Ludendorffs unterworfen hatten,[21] zeitigten im antipreußischen Süddeutschland und innerhalb der nichtschwäbischen Arbeiterschaft in den Großbetrieben besondere Wirkung. Als sich die Situation im Herbst 1918 zuspitzte, waren es die übriggebliebenen und jüngeren „Unabhängigen Spartakus-Linken", die die Initiative ergriffen und sich an die Spitze der die Revolution auslösenden Massenstreiks stellten. Die auch in Württemberg gewählten Arbeiter- und Soldatenräte waren die Machtorgane der spontanen revolutionären Bewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts.
In Württemberg war die Ausgangslage für die Revolution günstig. Hier gab es auf der Führungs- und Aktivistenebene zwischen Spartakusgruppe und USPD keinen konzeptionellen Unterschied. Trotz der personellen Dezimierung der Linken durch die Militärdiktatur begannen seit dem 22. Oktober 1918 in Friedrichshafen und Stuttgart Antikriegsdemonstrationen der Industriearbeiterschaft unter dem Einfluß ihrer USPD-Vertrauensleute. Diese Demonstrationen erhoben bereits die Forderung nach der Republik. Fritz Rück und August Thalheimer, Mitglieder der Spartakuszentrale, begannen diese Bewegung erfolgreich zu beeinflussen. Die Bewegung verstärkte sich, und bereits am 4. November konstituierte sich in Stuttgart der erste Arbeiter- und Soldatenrat Württembergs. Dessen Programm, artikuliert in der „Roten Fahne", forderte neben dem sofortigen Friedensschluß und der Demokratisierung des Heerwesens bereits die Macht des Arbeiter- und Soldatenrates und die Enteignung der Banken und Industrien.[22]
Unter maßgeblichem Einfluß von Wilhelm Keil versuchte die MSPD dieser Entwicklung mit einer königlich-parlamentarischen Regierung entgegenzusteuern, die jedoch durch die Ereignisse in Berlin am 9. November ad absurdum geführt wurde. Die Verhaftung der Führungskräfte der württembergischen Kundgebungen bewirkte die Verstärkung der Massenbewegung, die wie in Berlin die MSPD zwang, sich auch in Stuttgart an die Spitze der Revolutionsbewegung zu stellen, wenn ihr diese nicht entgleiten sollte. Ihr

21 Siehe Arthur Rosenberg: Entstehung der Weimarer Republik, Hamburg 1991, S.228.
22 Siehe hierzu Sylvia Neuschl: Geschichte der USPD in Württemberg oder über die Unmöglichkeit einig zu bleiben, Esslingen 1983.

Programm lief jedoch, neben der Friedens- und Republikforderung, lediglich auf Maßnahmen für eine Übergangswirtschaft hinaus.
Fritz Rück und August Thalheimer, die als Initiatoren der Streiks in Haft genommen wurden, waren noch ausgeschaltet, als Wilhelm Keil in Stuttgart die Revolution in gemäßigte Bahnen zu lenken begann. Die anderen linken Führungskräfte der USPD, Arthur Crispien und Ferdinand Hoschka, fanden sich plötzlich im Schlepptau von Sozialdemokratie und Gewerkschaften, da die Arbeiterschaft Einigkeit der beiden sozialistischen Parteien forderte. Im Ergebnis dessen entstand am 9. November eine provisorische MSPD/USPD-Koalition, der seitens der USPD und den Spartakusanhängern Arthur Crispien, Albert Schreiner, Ferdinand Hoschka und Fritz Rück beitraten, während August Thalheimer seine Mitarbeit versagte. Als am gleichen Tag jedoch der Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrat für die provisorische Regierung votierte und eine symptomatische Vorentscheidung fällte, legte Fritz Rück den Ratsvorsitz nieder und verließ die Regierung. Doch tags darauf kooptierte die MSPD aus Furcht vor den Reaktionen des in die Heimat zurückflutenden, immer noch bewaffneten Heeres und einer möglichen Kooperationsverweigerung der Verwaltung Vertreter der bürgerlichen Parteien in die Regierung. Von der USPD und Spartakus verblieben nur noch Arthur Crispien, Ulrich Fischer für Fritz Rück und Albert Schreiner im Kabinett Blos. Die Regierungsbeteiligung der USPD-Vertreter in der sozialistisch-bürgerlichen Koalition erschien nach Ansicht der Stuttgarter Spartakisten noch nicht als Konsensverletzung, weil sie auf die Annahme des Spartakusprogramms durch die Räte bauten. Trotz der Zustimmung des Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrates zur Regierung Blos hatte noch keine nach einem einheitlichen Wahlmodus konstituierte Räteversammlung über die historischen Perspektiven entschieden.[23]
Erst die am 28. November tagende Versammlung der Arbeiterräte des Großraums Stuttgart offenbarte das zentrale Problem: zum einen den Wunsch nach Einigkeit der beiden sozialistischen Parteien, zum anderen die Forderung nach einem klaren Bekenntnis für das linke bzw. reformistische Politik-Konzept. Im Ergebnis der Diskussion setzte sich, nicht zuletzt auch wegen des unklaren Plädoyers Edwin Hoernles[24] für die Rätemacht, das Konzept der MSPD durch. Die am 8. Dezember konstituierte erste Landesversammlung der Arbeiterräte sanktionierte die strategisch historische Entscheidung der Arbeiterräte des Stuttgarter Industriegebietes. In Württemberg bewies der Generalstreik im März/April 1919 die hohe Affinität zwischen Kommunisten und Unabhängigen. Der SPD-Abgeordnete Hermann Mattutat bezeichnete die Unabhängigen sogar als Gefolgschaft der Spartakisten.[25] Im Verlaufe dieser Ereignisse gaben Arthur Crispien und Ulrich Fischer ihr Regierungsmandat an den Arbeiterrat zurück,

23 Siehe ebenda, S.183.
24 Siehe ebenda, S.187.
25 Siehe Peter Scherer/Peter Schaaf: Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg und Baden 1848-1949, Stuttgart 1984, S.247.

und das Programm der Unabhängigen forderte den Sturz der provisorischen Reichs- und Landesregierung, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjet-Republik, die Beschlagnahme der Banken, Bergwerke und Kohlegruben sowie die Rätemacht.

Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Württemberg, insbesondere im Stuttgarter Industriegebiet, spiegelt den Glanz und das Elend der deutschen Revolution in besonderem Maße. Zum einen existierte hier infolge einer schnellen Modernisierung der Wirtschaft mit den damit einhergehenden regionalen, nationalen und weltpolitischen Konfliktpotentialen des imperialistischen Kapitalismus eine starke Linke. Zum anderen gab es im Königreich Württemberg infolge der süddeutschen liberalen Traditionen und der nach wie vor dominierenden ländlichen Strukturen einen starken reformistischen Flügel. Dieser Antagonismus innerhalb der württembergischen Sozialdemokratie erklärt die scharfen ideologischen Auseinandersetzungen, die rasante Polarisierung beider Flügel und deren im Vergleich zur Gesamtpartei vorzeitige organisationspolitische Verselbständigung.

Die Stärke des linken Flügels und sein engagierter Widerstand gegen die Burgfriedenspolitik bewirkte dessen weitgehende Unterdrückung durch die Militärdiktatur während des Krieges mit der Folge eines Kontinuitätsbruches innerhalb der Führungsriege der Linken und ihrer Verbindungen zur Arbeiterschaft in den Betrieben. Dadurch war der reformistische Partei- und Gewerkschaftsflügel eindeutig begünstigt. Ein vermittelndes Parteizentrum gab es in Württemberg nicht. Deshalb wurde in Württemberg die Trennung der Linken von den Unabhängigen nicht vom landespolitischen, sondern vom reichspolitischen Konflikt zwischen Spartakus und USPD geprägt. Im Gefolge der Kriegsniederlage baute sich rasch neues Konfliktpotential unter der Industriearbeiterschaft auf, das sich in Verbindung mit der vollständigen Diskreditierung von Monarchie und Kaisertum zur Revolution entlud. Wenngleich auch in Württemberg zu Beginn der Revolution der Ruf nach Einheit der beiden Arbeiterparteien aufkam, wurde die Kontroverse beider Parteien – Nationalversammlung oder Rätemacht – ohne Kompromiß geführt, und es waren die Unsicherheiten auf dem linken Flügel, die die Entscheidung zugunsten der Nationalversammlung herbeiführten. Die Neuauflage des 4. bzw. 9. November 1918 durch den Generalstreik im März/April 1919 sah KPD und USPD in gemeinsamer Aktion.

Bis zur Unterwerfung der KPD unter die Moskauer Komintern-Zentrale blieb die Linke in Württemberg homogen.